

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Sorgen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung haben an den Aktienbörsen in der Berichtswoche für deutliche Verluste gesorgt - trotz der bislang, vor allem in den USA, insgesamt guten Berichtssaison der Unternehmen.

Profitieren konnten in erster Linie die als sicher geltenden Staatsanleihen. Die Bundrendite im Zehnjahresbereich fiel unter die 0,4-Prozentmarke. Aber auch Spanien und Portugal als Peripheriemärkte legten etwas zu.

Die Europäische Zentralbank blieb bei ihrer Sitzung am Donnerstag unverändert auf gemächlichem Normalisierungskurs.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr Portfoliomanagement

Union Investment Privatkunden



Marktticker

 Union
Investment

Wöchentliche Information zu den Kapitalmärkten 26. Oktober 2018

Inhaltsverzeichnis

Aktien:

- Aktienmärkte mit heftigem Rückschlag
- Berichtssaison läuft auf vollen Touren

Renten:

- Schwache Aktienmärkte und Wirtschaftsdaten stützen Anleihen
- Rating-Herabstufung für Italien, aber stabiler Ausblick
- EZB bleibt unbeirrt auf Normalisierungskurs

Ausblick:

- Euroraum: BIP Q3 und Verbraucherpreise
- US-Arbeitsmarktbericht mit neu geschaffenen Stellen
- Bank of England und Bank of Japan tagen

Kursveränderungen

Marktindikator	Stand	Wertentwicklung	
	am 26.10.2018 ca. 16:00	seit 19.10.2018	seit 29.12.2017
Dow Jones	24.628	-3,2%	-0,4%
EURO STOXX 50	3.107	-3,2%	-11,3%
Dax 30	11.113	-3,8%	-14,0%
Nikkei 225	21.185	-6,0%	-6,9%
MSCI Emerging Markets	52.799	-2,1%	-13,3%
Euro-Leitzins	0,00%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger Bundesanleihe	0,35%	-11 BP	-7 BP
Iboxx Euro Sovereign	230,94	0,5%	-0,8%
Spread EMU Unternehmen- zu EMU-Staatsanleihen	69	1 BP	25 BP
US-Leitzins	2,25%	0 BP	75 BP
Rendite 10-jähriger US-Treasury-Bonds	3,08%	-11 BP	67 BP
Euro-Wechselkurs in USD	1,14	-1,3%	-5,4%
Ölpreis (WTI) in USD/Barrel	66,63	-3,6%	10,3%

Aktien

Aktienmärkte mit heftigem Rückschlag

Zwar konnten die europäischen Börsen am Montag noch leichte Zugewinne erzielen, danach ging es mit den Kursen an den internationalen Aktienmärkten jedoch bergab. Fallende Kurse in New York und insbesondere in Asien geben dem deutschen Leitindex die Richtung nach unten vor. Dabei wurden neben den zunehmenden Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung aufgrund des bereits weit fortgeschrittenen Konjunkturzyklus die anhaltenden globalen politischen Unruheherde weiter als Belastung angesehen. Hier sind die ungelösten Problemfelder Saudi-Arabien, das drohende Chaos um den Brexit, der ungelöste Haushaltsstreit der Europäischen Kommission mit Italien und der schwelende Handelskonflikt der USA mit China zu nennen.

Die Aktien des DAX-Schwergewichts Bayer brachen nach einem erneuten Gerichtsurteil in den USA zum Unkrautvernichter Glyphosat teils um gut zehn Prozent ein. Ein Gericht bekräftigte ein Urteil vom August, wonach das Mittel der Bayer-Tochter Monsanto für die Krebserkrankung eines Mannes verantwortlich sei. Die Leverkusener und die Anleger hatten darauf spekuliert, dass es zu einem neuen Prozess kommt. Dem folgte die zuständige Richterin allerdings nicht. Sie sah nur die Höhe des Schadensersatzes als zu hoch an und reduzierte ihn deutlich von 289 auf 78 Millionen US-Dollar. Das Verfahren ist bedeutend, da in den USA nach jüngsten Angaben rund 8.700 Klagen wegen möglicher Erkrankungen durch Glyphosat gegen Monsanto anhängig sind. Bayer will gegen das revidierte Schadenersatzurteil Berufung einlegen. Im Zuge des Urteils fiel die Aktie von Bayer auf den tiefsten Stand seit dem Jahr 2012.

Zwischenzeitlich konnten sich die Aktienmärkte am Donnerstag wieder erholen. Nachdem die Technologieschwergewichte Alphabet und Amazon in den USA mit ihren Zahlen nach Börsenschluss aber enttäuschten, drehten die Märkte am Freitag wieder deutlich ins Minus. Der DAX-Index fiel dabei auf den tiefsten Stand innerhalb der letzten zwei Jahre und notiert nur noch knapp oberhalb der Marke von 11.000

Punkten.

Insgesamt handelten die globalen Aktienmärkte per Freitagmittag auf Basis des MSCI World-Index im tiefroten Bereich, der Index verlor 2,7 Prozent an Wert. Die Aktienmärkte aus den Schwellenländern notierten im Vergleich zur Vorwoche erneut schwächer und büßten knapp 2,3 Prozent ein. Die US-Börsen gaben ebenfalls nach, der marktweite S&P 500-Index um 2,3 Prozent. Besonders stark gebeutelt war diese Woche der japanische Leitindex Nikkei 225, der kräftige 6,0 Prozent an Boden verlor. Die Sektoren des STOXX Europe 600-Index gaben fast durchweg nach. Größter Verlierer war hier der Öl- und Gassektor, der im Zuge der rückläufigen Ölpreise im Vergleich zur Vorwoche 5,7 Prozent tiefer notiert. Ebenfalls schwach präsentierte sich aufgrund der Konjunktursorgen der Grundstoffsektor mit einem Verlust von 5,2 Prozent. Der einzige Sektor im positiven Terrain waren die defensiven Verbrauchsgüter mit einem Zuwachs von einem Prozent.

Berichtssaison läuft auf vollen Touren

Die abgelaufene Handelswoche stand ganz im Zeichen der laufenden Berichtssaison. Alleine aus dem S&P 500-Index veröffentlichten mehr als 150 der 500 Unternehmen ihre Zahlen für das dritte Quartal des Jahres. Was Umsatz- und Gewinnentwicklung angehen, so legte das Gros der US-Konzerne überzeugende Ergebnisse vor. Mit Blick auf das Umsatzwachstum konnten 62 Prozent der 200 US-Konzerne, die bislang ihre Bücher geöffnet haben, die an sie gesteckten Erwartungen übertreffen. Beim Gewinnwachstum waren es gar 86 Prozent der Unternehmen. Gegenüber dem Vorjahresquartal kletterten die Gewinne im Schnitt um satte 23 Prozent. Neben den guten makroökonomischen Bedingungen sorgte der anhaltende Impuls aus der im Vorjahr verabschiedeten Steuerreform für Rückenwind. Jedoch schauen die Anleger inzwischen nicht mehr nur auf die Ergebnisse des zurückliegenden Quartals, sondern messen angesichts der aufkommenden Konjunktursorgen dem Ausblick einen höheren Stellenwert bei. Verfehlte Erwartungen oder gar eine Abwärtskorrektur des Ausblicks für die kommenden Monate werden hart abgestraft, wie es das Beispiel von Amazon zeigt, deren Aktie aufgrund des Ausblicks um neun Prozent nachgab.

Renten

Schwache Aktienmärkte und Wirtschaftsdaten stützen Anleihen

Die im Rahmen der schwachen Aktienmärkte vorherrschende Risikoscheu begünstigte in der Berichtswoche die Staatsanleihemärkte. Zusätzlich sorgten auch im Oktober rückläufige Konjunkturdaten wie die Einkaufsmanagerindizes im Euroraum und der Ifo-Geschäftsklimaindex für Unterstützung. Die negative Korrelation zwischen Aktien und Renten kam voll zum Tragen, sodass trotz der unsicheren Lage in Italien und der Vorsicht der Anleger gegenüber mit Risiko behafteten Papieren auch Anleihen aus Peripheriemärkten wie Spanien oder Portugal Zugewinne verbuchten. Sogar in Italien kam es, allerdings von einem hohen Renditeniveau aus, zu einem Umschwung.

Rating-Herabstufung für Italien, aber stabiler Ausblick

Überraschend hat bereits am vergangenen Freitagabend die Ratingagentur Moody's die Kreditwürdigkeit Italiens von „Baa2“ auf nunmehr „Baa3“ herabgesenkt. Das Rating befindet sich damit nunmehr eine Stufe über dem spekulativen Bereich (Non Investment Grade). Die Herabstufung war im Vorfeld allerdings bereits erwartet worden. Bedeutender war marktseitig hingegen der Ausblick, der mit „stabil“ versehen wurde. Damit sollten vorerst weitere negative Überraschungen auszuschließen sein. Dies wurde sehr positiv von den Anlegern aufgenommen und sorgte für eine deutliche Reaktion am Markt. Die Zehnjahresrendite italienischer Staatspapiere fiel rasch von in der Spitze 3,8 auf 3,3 Prozent zurück. Im weiteren Verlauf der Handelswoche stieg die Rendite jedoch wieder auf zuletzt rund 3,5 Prozent an. Der Prämienaufschlag (Spread) zu Bundesanleihen lag weiter bei über 300 Basispunkten. Denn mit der - erstmals überhaupt - erfolgten Ablehnung des italienischen Haushaltsentwurfs durch die EU-Kommission hat sich der Konflikt abermals verschärft. Die italienische Regierung scheint keinesfalls gewillt, ihre Planung hinsichtlich des Budgetdefizites für 2019, das 2,4 Prozent betragen soll, aufzugeben. Diese hat nun drei Wochen Zeit, der EU einen überarbeiteten Budgetplan für 2019 vorzulegen. Sollte keine Einigung

zu erzielen sein, drohen Italien am Ende milliardenschwere Strafzahlungen. Am heutigen Freitag wird nun die Einschätzung von Standard&Poor's zu Italiens Kreditwürdigkeit erwartet.

Deutsche Bundesanleihen waren gesucht, die Zehnjahresrendite fiel bis Freitagmittag auf 0,36 Prozent. Laufzeiten von sieben bis zehn Jahren profitierten am meisten vom Renditerückgang. Auch in Frankreich kam es zu Renditerückgängen von gut 10 Basispunkten. Der Gesamtmarkt ging (iBoxx Euro Sovereign) mit Zugewinnen aus der Handelswoche

Am US-Staatsanleihemarkt fielen US-Treasuries unter die 3,1 Prozent-Renditemarke. Die mittleren Laufzeiten wiesen dabei deutlichere Renditerückgänge als die 30-jährigen Langläufer auf.

EZB bleibt unbeirrt auf Normalisierungskurs

Die Europäische Zentralbank (EZB) behält ihre geldpolitische Ausrichtung unverändert bei. Die Beendigung des Anleihekaufprogramms zum Jahresende wurde in der Sitzung am Donnerstag zwar in Aussicht gestellt, auf eine formale Bestätigung diesbezüglich jedoch verzichtet.

In der Pressekonferenz unterstrich EZB-Präsident Draghi die Erwartung einer fortlaufend guten Wachstumsdynamik in der Eurozone. Die jüngste Abschwächung bewertete Draghi im Wesentlichen als Normalisierung, wobei die meisten Volkswirtschaften weiterhin über Trend wachsen würden. Die Binnennachfrage erweise sich als robust, während die Wachstumsbeiträge aus dem Außenhandel abnehmen sollten. Aufgrund von Unsicherheiten (Handelskonflikt, Turbulenzen in einzelnen Schwellenländern) bedürfe es aber weiterhin bedeutsamer geldpolitischer Unterstützung. Insgesamt seien die Risiken ausgeglichen. Trotz niedriger Kerninflationsraten sprächen die anziehenden Lohndaten für einen zunehmenden Inflationsdruck.

Das Thema Italien sei laut Draghi, da es sich um ein fiskalisches Problem handele, nicht diskutiert worden. Draghi persönlich zeigte sich aber überzeugt, dass eine Lösung zwischen Italien und der Kommission gefunden werde könne. Hoffnungen, die auf EZB-Hilfen für die Italiener setzen, wurden somit eine Absage erteilt.

Ausblick

Das Bruttoinlandsprodukt des Euroraums im 3. Quartal ist einer der wichtigen Datenpunkte in der neuen Handelswoche. Zuletzt abwärts gerichtete Konjunkturindikatoren versprechen eine nur verhaltene wirtschaftliche Entwicklung. Der Konsens rechnet am Dienstag mit einer - gegenüber dem 2. Quartal - geringen Zuwachsrate von 0,3 Prozent.

Das Thema Inflationsentwicklung wird zur Wochenmitte mit den vorläufigen Verbraucherpreisen aus dem Euroraum befeuert. Die für die EZB maßgebliche Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) dürfte mit im Durchschnitt erwarteten plus 1,1 Prozent weiterhin auf einem vergleichsweise geringen Niveau liegen und sich somit deutlich unter dem von der EZB gesetzten Zielwert von um die zwei Prozent befinden.

Mit Blick in die USA ist am Donnerstag der nationale ISM-Einkaufsmanagerindex von Interesse. Es wird eine leichte Abschwächung von überdurchschnittlich hohem Niveau aus erwartet. Am Freitag folgt dann der vielbeachtete US-Arbeitsmarktbericht zu den außerhalb der Landwirtschaft neu geschaffenen Stellen im Oktober. Nach den im September durch einen Hurrikan verzerrten Zahlen wird mit einem kräftigen Zuwachs gerechnet. Angesichts der ebenfalls wetterbedingten Ereignisse in Florida per Mitte Oktober sollten die Daten weiter mit Vorsicht zu genießen sein. Der von der Agentur Bloomberg ermittelte Konsens sieht derzeit einen Zuwachs von 187.000 neuen Stellen vor.

Mit der Bank of Japan und der Bank of England tagen in der neuen Woche zudem zwei weitere großen Notenbanken.

Darüber hinaus wählt am Sonntag Hessen. In Brasilien steht ein zweiter Wahldurchgang an.

Termine

Montag, 29.10.18	DEU: Einzelhandelsumsätze (Sep.) USA: Private Einkommen und Ausgaben; Konsumentenpreise ohne Nahrungsmittel und Energie (alle Sep.)
Dienstag, 30.10.18	DEU: Verbraucherpreise, erste Länderergebnisse (Okt.) EWU: Bruttoinlandsprodukt Q3, vorläufige Schnellschätzung; Wirtschaftsvertrauen (ESI, Okt.) USA: Verbrauchervertrauen Conference Board (Okt.)
Mittwoch, 31.10.18	CHN: Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe (Okt.) EWU: Vorläufige Verbraucherpreise im Oktober, Kern- und Gesamtrate USA: ADP-Beschäftigungsreport; Chicago-Einkaufsmanagerindex (beide Okt.) Geldpolitische Sitzung der japanischen Zentralbank (BoJ)
Donnerstag, 01.11.18	USA: ISM-Index; PKW-Absatz (beide Okt.) Geldpolitische Sitzung der Bank of England
Freitag, 02.11.18	USA: Stellenzuwachs außerhalb der Landwirtschaft (non farm payrolls) im Oktober; durchschnittliche Stundenlöhne (Okt.); Auftragseingänge in der Industrie sowie die Handelsbilanz (beide Sep.)

Disclaimer

Die Inhalte in diesem Dokument wurden von der Union Investment Privatfonds GmbH nach bestem Urteilsvermögen erstellt und herausgegeben. Eigene Darstellungen und Erläuterungen beruhen auf der jeweiligen Einschätzung des Verfassers zum Zeitpunkt ihrer Erstellung, auch im Hinblick auf die gegenwärtige Rechts- und Steuerlage, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern kann.

Als Grundlage dienen Informationen aus eigenen oder öffentlich zugänglichen Quellen, die für zuverlässig gehalten werden. Für deren Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit steht der jeweilige Verfasser jedoch nicht ein. Alle Index- bzw. Produktbezeichnungen anderer Unternehmen als Union Investment werden lediglich beispielhaft genannt und können urheber- und markenrechtlich geschützte Produkte und Marken dieser Unternehmen sein.

Alle Inhalte dieses Dokuments dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie dürfen daher weder ganz noch teilweise verändert oder zusammengefasst werden. Sie stellen keine individuelle Anlageempfehlung dar und ersetzen weder die individuelle Anlageberatung durch die Bank noch die individuelle, qualifizierte Steuerberatung. Für die Eignung von Empfehlungen zu Fondsanteilen oder Einzeltiteln für bestimmte Kunden oder Kundengruppen übernimmt Union Investment daher keine Haftung.

Dieses Dokument wurde mit Sorgfalt entworfen und hergestellt, dennoch übernimmt Union Investment keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Es wird keinerlei Haftung für Nachteile, die direkt oder indirekt aus der Verteilung, der Verwendung oder Veränderung und Zusammenfassung dieses Dokuments oder seinen Inhalt entstehen, übernommen.

Stand aller Informationen, Darstellungen und Erläuterungen:
26. Oktober 2018, soweit nicht anders angegeben.

Ihre Kontaktmöglichkeiten

Union Investment Service Bank AG
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
Telefon 069 58998-6060
Telefax 069 58998-9000
www.union-investment.de

Impressum

Union Investment Privatfonds GmbH
Investment Office
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt